

# Ein politischer Hütchenspieler als nächster Kanzlerkandidat der CDU?

Zu: „Wo Merz recht hat“ und „Frontalangriff auf Merkel“, FR-Meinung und -Politik vom 30. Oktober, sowie zu „Ein Kanzlerkandidat Merz wäre gut für Deutschland“, FR-Politik vom 1. November

## Mit Bimbos-Schäuble und Airport-Koch an der Seite

Der Inhalt des Artikels ist sicherlich realistisch, die Erwartung schärferer Konturen der politischen Lager im Zuge einer Kanzlerschaft von Merz aber höchst gefährlich. Beim Lesen der Überschrift, Merz habe recht, hat sich mein Magen gehoben. Merz hat nie „recht“. Die „Größen“ im Dritten Reich hatten nie recht, auch nicht Gauland und Höcke oder Trump. Auch wenn die Genannten mal einen gesellschaftlichen Teilaspekt zutreffend kommentiert haben, sie haben niemals „recht“. Merz ist ein seit Jahren von der Hochfinanz gesteuerter Hasardeur und politischer Hütchenspieler. Er hat seine negativen Spuren als Agent der Finanz-Gangs Lone Star und Hudson Advisors und seit Jahren im Dienste von Blackrock so nachhaltig hinterlassen, dass in unserer Gesellschaft höchste Alarmbereitschaft vorherrschen müsste, wenn dieser Polit-Schauspieler in ein politisches Amt drängt. Dass ihm Bimbos-Schäuble und Airport-Koch zur Seite stehen, ist bezeichnend. Merzens Polit-Fans haben gleiche Interessen: Die Akteure der Geldwerte-Union wollen an den Pipelines der Finanz-Gangs bleiben, Kuban und seine Berufsjugendlichen wollen eben dorthin. Eine feine Fangemeinde!

Klar, die Konturen der politischen Lager würden sich schärfen, wie Herr Hebel feststellte, wenn Merz die CDU und – als Ziel – die Regierung anführt. Aber die Nachwirkungen auch nur einer Amtszeit von Merz würden schmerzliche Jahrzehnte dauern, in denen der „normale“ Bürger blutet und sich die Hochfinanz an ihm sättigt.

Bei der Lektüre der Zeitspanne vor dem Dritten Reich lese ich, dass viele Bürger gemeint und viele Zeitungen geschrieben haben: Lasst doch die Braunen mal ran, sie können's nicht und werden auf die Schnauze fallen. Und wer ist auf die Schnauze gefallen, wer hat noch heute an den Folgen



Whoin entwickelt sich die CDU? Die Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer (l.) steht unter Druck. DPA

zu leiden? Können wir wirklich der Meinung sein, „Merz mal ranzulassen“, damit sich politische Konturen schärfen?

Gerhard Ehemann, Niedernhausen

## Lediglich das Interesse der Aktionäre im Auge

Friedrich Merz bringt sich als Kanzlerkandidat in Position. Dass er in der „Volkspartei“ schon bei der Kandidatenkür für den Parteivorsitz auf Platz zwei kam, war ein Armutszeugnis für die CDU. Schon damals habe ich mein Unverständnis in einem Leserbrief zum Ausdruck gebracht, dass die Partei einen ausgemachten Neoliberalen und Aufsichtsratsvorsitzenden von Blackrock überhaupt für dieses Amt in Erwägung zieht. Besteht denn das Volk nur aus den „oberen 10 000“? Blackrock ist weltweit der größte Finanzinvestor und verwaltete 2016 mehr als 5,1 Billionen Euro. Die Geschäftspolitik des bei allen DAX-Unternehmen beteiligten Investors stellt klar, dass nur die Interessen der Aktionäre, aber keine

sozialen Aspekte bei den Entscheidungen eine Rolle spielen dürfen. Und genau diese Linie vertritt Merz.

Wenn meine Vermutung stimmt, wird Merz der nächste Kanzlerkandidat der CDU. Sollte er dann wirklich Kanzler werden, kommt das einem Verkauf der Bundesrepublik an die Finanzindustrie, vertreten durch Blackrock, gleich. Während der Klimawandel voranschreitet und eigentlich unsere ganze Aufmerksamkeit und ganzes Engagement erfordert, macht sich Friedrich Merz im Interesse von Blackrock dafür stark, dass die Bürger mehr auf private Rentenversicherungen setzen sollen. Will die CDU einen solchen Machtmenschen, der vorrangig das Kapital vertritt, wirklich zum Parteichef und Kanzlerkandidat machen? Wie soll denn mit einem solchen Kanzler die Schere zwischen Arm und Reich verkleinert werden? Oder will die CDU dies gar nicht? Wohin geht unsere Republik, wenn nur die Rhetorik zählt, egal was da gerade gepredigt wird?

Der ehemalige SPD-Vorsitzende, Gabriel, auch ein guter Rhetoriker, wird wahrscheinlich Cheflobbyist der Autoindustrie, Merz möglicherweise Kanzler. Die Drehtür zwischen Politik und Großkapital kommt nicht zur Ruhe. Und alle wollen nur unser Bestes! Zukunft, mir graut vor dir!

Dieter Murmann, Dietzenbach

## Wer vertritt künftig noch die Interessen der Bürger?

Braucht die Union, ja das Land einen wie Friedrich Merz? Vielleicht die Partei, aber ganz bestimmt nicht das Land. Mir fällt gegenwärtig kein Politiker in diesem Land ein, der ein größeres Schild mit der Aufschrift „wirtschaftsliberal, wirtschaftsradikal“ um den Hals trägt als Merz. Sollte er sich in der Partei etablieren und als Kanzlerkandidat reüssieren, dann wird der jetzt schon bedrohlich wehende Wind zwischen Arm und Reich Sturmstärke erreichen. Es ist kaum zu erwarten, dass unter seiner Führung die große Wirtschaft unter Restriktio-

nen zu leiden hätte, die der breiten Bevölkerungsmehrheit zugutekommen würden. Auch um den Mittelstand, um dessen Breite uns viele Länder beneiden, mache ich mir dann Sorgen, weil die Bedeutung eines mittelständischen Betriebes ihm im Vergleich zu den Größenordnungen, mit denen er sich derzeit hauptberuflich beschäftigt, wie die berühmten Peanuts vorkommen müssen.

Und wie steht's mit der anderen „Volkspartei“ SPD? Ein Finanzminister, der den notwendigen Investitionen für die Zukunft dieses Landes, obwohl Geld noch nie so billig zu kriegen war, mit seiner uneinsichtigen Haltung an der schwarzen Null entgegensteht, hat gute Chancen, demnächst als einer der beiden Vorsitzenden gewählt zu werden. Der Wille der Partei, sich ein linkes Profil zu erarbeiten, um sich von anderen Parteien unterscheidbar zu machen, ist für mich nicht erkennbar.

Viele Gemeinden liegen an der Leine ihres Bundeslandes, stehen unter einem sogenannten Schutzschirm, weil sie ihre Ausgaben nicht mehr stemmen konnten und weil von übergeordneten Instanzen keine Zuschüsse zu erwarten sind (wegen der schwarzen Null). Die Gemeinden werden gezwungen, soziale Einrichtungen (Schwimmbäder etc) zu schließen, andererseits werden Anlieger von der gleichen Gemeinde mit teils existenzgefährdenden Summen für die Sanierung ihrer Straßen herangezogen. Dies nur beispielhaft unter vielen anderen Themen. Wohin sollen sich die Bürger politisch wenden, um einigermaßen sicher zu sein, dass ihre Interessen auch nur ansatzweise wahrgenommen werden? Splitterparteien zu wählen wird nichts bringen; die Gefahr besteht allerdings, dass viele aus Enttäuschung über die „Volksparteien“ und ohne sich über die Folgen Gedanken zu machen, einer selbsternannten Alternative zuwenden. Na dann, gute Nacht, Deutschland.

Horst Weitzel, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/merz](http://frblog.de/merz)

## Rentensystem in Schiefelage

Zu: „Erst mit 70 in den Ruhestand?“, FR-Wirtschaft vom 23. Oktober

Norbert Blüm hatte recht, dass die umlagefinanzierte Rente sicher ist. Über die Höhe hat er allerdings nichts gesagt. Jedenfalls ist die Umlage sicherer als Kapitaldeckung, die verbrennen kann. Betriebliche Alterssicherungen bis hin zu Riester- und Rürup-Verträgen sind längst in Not geraten.

Inzwischen nähert sich die Rentenbezugsdauer immer mehr der Lebensarbeitszeit, und das kann einfach nicht gutgehen. Auch wenn es nicht gerne gehört wird: Die von Bismarck keineswegs als soziale Wohltat eingeführte Altersrente ab 70 (!) war nichts anderes als eine automatisierte Invalidenrente für wenige Überlebende für eine kurze Rest-Lebenserwartung. Über die Jahrzehnte konnte diese Wohltat ausgeweitet werden. Das war von der zunehmenden Zahl von Beitragszahlern lange Jahre fi-

nanzierbar, bis der Gesetzgeber mit der Abschaffung des Rentenalters der Frauen von nur sechzig Jahren den ersten Schritt wagte. Weitere Schritte müssen und werden folgen, so un bequem das sein mag. Die derzeitige Altersrente für Vitale ist nicht durchzuhalten. Auch alle anderen Formen der Alterssicherung wie Pensionen, Abgeordnetenversorgung und die schamlosen Abfindungen von Wirtschaftsbossen müssen auf den Prüfstand. Zusätzliche private Vorsorge in der notwendigen Dimension kann sich nur leisten, wer nicht darauf angewiesen ist. Ohne dicke Erbschaft wird es schwierig. Dazu kommt, dass der geplünderte Planet uns abstrafen wird. Unsere bequeme Gesellschaft der gedankenlosen Verschwendung ist ein Auslaufmodell.

Hartmut Rencker, Mainz

## Die unvermeidliche Folge von Niedriglöhnen

Verhandlungen über Grundrente: „Abgesichert im Alter“, FR-Wirtschaft vom 1. November

Es ist zwar richtig, dass die von Arbeitsminister Heil geplante Grundrente nur Symptome bekämpft und an den Ursachen der zu geringen Renten nichts ändert. Da die Ursachen aber eingetreten und rückwirkend nicht veränderbar sind, muss eine Grundrente eingeführt werden, die die Existenz sichert. Die von Heil geplante Grundrente erreicht dieses Ziel nicht, weil sie eine wichtige Ursache für zu geringe Renten vernachlässigt.

Diese Ursache besteht in einer falschen Wirtschaftspolitik, die Arbeitslosigkeit und zu geringe Löhne verursacht. Der französische Ökonom Charles Wyplosz hat aufgezeigt, dass in Deutschland in der Vergangenheit eine „systematisch prozyklische Wirtschaftspolitik“ betrieben wurde, die für Arbeitslosigkeit verant-

wortlich war. Schröder pries nicht nur die von seiner Agendapolitik verursachte Ausweitung des Niedriglohnsektors mit der unvermeidlichen Folge zu geringer Renten. Seine Politik ging auch von einer falschen Ursachendiagnose der Arbeitslosigkeit aus. Weder war die Masse der Arbeitslosen arbeitsunwillig, noch waren die deutschen Lohnstückkosten zu hoch.

Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger wies berechtigt darauf hin, dass die deutschen Exportüberschüsse die Behauptung widerlegten, dass die Löhne zu hoch seien. Für die unzureichenden Renten ist deshalb in hohem Maße die falsche Wirtschaftspolitik die Ursache. Dafür kann dann weder eine mangelnde Lebensleistung verantwortlich gemacht werden

noch ist es verantwortlich, die Existenzsicherung im Alter von einer Bedürftigkeitsprüfung abhängig zu machen.

Die Regel, dass gemäß dem zugrunde liegenden Äquivalenzprinzip die Höhe einer Rente von den geleisteten Beiträgen abhängig zu sein habe und für eine Grundrente eine Bedürftigkeitsprüfung notwendig sei, kann nicht für den Fall gelten, in dem nicht die betroffenen Rentner für ihre missliche Lage verantwortlich sind, sondern eine falsche Wirtschaftspolitik die Ursache dafür war. In einem solchen Fall muss die gesamte Gesellschaft, die diese Politik zu verantworten hat, die Existenz der Rentner aus dem Steueraufkommen sicherstellen – und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung.

Ernst Niemeier, Wentorf